



Bild: UZ vom 14.4.2023

Gruppenfoto: r-mediatease.eu/Rudi Danner, Einzelfoto: Reiner Engels, Collage: UZ

Die Preise für Energie und Lebensmittel steigen weiter. Für viele wird das Leben unbezahlbar. Der Weg zum Monatsende wird immer länger. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die letzten Tarifabschlüsse konnten die Inflation in keiner Weise auffangen.

Die Erhöhung der Energiepreise begann bereits lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Sie schossen in die Höhe, als der Wirtschaftskrieg, die Welle der Sanktionen gegen die Russische Föderation begann. Und sie werden fortbestehen, weil das preiswerte russische Gas durch mehrfach teureres und mehrfach umweltschädlicheres Fracking-Gas aus den USA ersetzt wurde.

Reichsten in dieser Zeit ihr Vermögen von 144 auf 256 Milliarden US-Dollar steigern. Allein der Zugewinn entspricht etwa dem Gesamtvermögen der unteren 40 Prozent, also von 33 Millionen Menschen in Deutschland.

Und diese gigantische Umverteilung von unten nach oben geht während des Ukraine-Krieges weiter. Die Rüstungsfirmen sind begeistert.

Auch der Staat profitiert von der Inflation. Die Steuereinnahmen sprudeln umso mehr. Das gilt besonders für die Mehrwertsteuer als der größten Einnahmequelle, die wir mit jedem Brot bezahlen.

Doch für Porsche-Fan Lindner (FDP) kommt

eine Vermögenssteuer nicht infrage. Lieber wird die Kindergrundsicherung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Die Aufrüstung hat in Berlin absolute Priorität. Darin sind sich SPD/FDP/GRÜNE/CDU/CSU und die AfD einig.

Der Einmarsch in die Ukraine war nur die passende Gelegenheit, längst vorhandene Aufrüstungspläne endlich umzusetzen

und als „Zeitenwende“ zu verkünden.

Scholz verkündete: „Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Das macht dann mindestens 80 Milliarden Euro, spätestens ab 2026. Bei 3 Prozent, wie es in der NATO diskutiert wird, wären es schon heute 115 Milliarden.

Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ sind Sonderschulden. Ein Trick, um die Schuldenbremse zu umgehen. Die gilt nur für Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima usw.

Wenn unsere Zukunft nicht unter die Räder kommen soll, muss dieser verhängnisvolle Kurs gestoppt werden!

### Jubelmeldungen in der Wirtschaftspresse:

<b>So profitabel wie nie – Autohersteller erwirtschaften Rekordgewinne</b>	<b>Milliardengewinne BP im Öläus</b>
<b>Deutschlands größte Drogeriemarktkette macht mehr Gewinn denn je</b>	<b>Rezession? Ohne uns!</b>
<b>Thyssenkrupp verdreifacht operativen Gewinn – dank Stahl</b>	<b>Wegen Energiekrise: Milliardengewinn für Stromkonzern RWE</b>
<b>Hier fehlen noch die Waffenfabrikanten, die Banken und und und .....</b>	

Quelle: isw München

Die Inflation, also die Preissteigerung, ist für große Konzerne das Mittel zur Gewinnsteigerung. Sie feiern Rekordgewinne. Besonders die Energiekonzerne, die großen international tätigen Getreidegiganten, die Handelsketten und die Rüstungsindustrie.

Aus denen wiederum zweigen große US-Investmentgesellschaften wie BlackRock ihre Profite für die wenigen Superreichen dieser Welt ab. Die 2.755 Milliardär\*innen haben allein in der Corona-Pandemie von März 2020 bis November 2021 ihr Vermögen um 5 Billionen US-Dollar gesteigert, von 8,6 auf 13,8 Billionen. (OXFAM).

Bei uns in Deutschland konnten die 10

# Verhandlungen statt Waffen!

Erst waren es Helme, dann Panzerhaubitzen, dann Flakpanzer (Gepard), anschließend Schützenpanzer (Marder) und schließlich Kampfpanzer (Leopard 2), die von hier in die Ukraine geschickt wurden. Bisher gab es mindestens 130 Milliarden Dollar an militärischer und finanzieller Unterstützung für Kiew. Nun gibt es Zusagen einiger Länder über die Lieferung von Kampfjets für die Ukraine. Geht es nach NATO, USA und Berlin, soll es so weitergehen.

## Zerstörte Hoffnungen

Ein Ende des Krieges erschien schon im März /April letzten Jahres möglich. So sagte es u.a. der damalige israelische Ministerpräsident Bennett, der damals als Vermittler tätig war.

Doch die NATO intervenierte. Boris Johnson warnte vor weiteren Verhandlungen, stellte einen Sieg über Russland als möglich dar und sagte Waffenlieferungen zu. Das führte zum Ende der Verhandlungen.

## Ausweg wird gefordert

Immer mehr Länder fordern eine Umkehr. Ganz aktiv sind dabei China, Brasilien, Südafrika und Indien. Die Länder Afrikas leiden an den Folgen der Sanktionen. Energie und Düngemittel sind entweder nicht vorhanden oder unerschwinglich geworden. Hunger droht. Auch wenn sie den Krieg verurteilen, sind sie Gegner der Sanktionspolitik. Und mit den Werten des „Wertewestens“ haben sie ihre eigenen Erfahrungen gemacht.

Faktisch führt in der Ukraine eine NATO-Streitmacht Krieg, bedient von im Westen trainierten ukrainischen Soldaten. Die Kriegsstrategie und Zieldaten für Angriffe werden in enger Abstimmung mit den USA festgelegt.

Dieser Stellvertreterkrieg kann allzu leicht in einen offenen Krieg zwischen NATO und Russland übergehen. Dann droht ein Atomkrieg. Er wäre unser Ende. Deutschland wäre dann Schlachtfeld. ★

# Aufruf aus SPD und Gewerkschaften

Peter Brandt, der frühere DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und der Ex-Bundestagsabgeordnete Michael Müller (SPD) initiierten den Aufruf „Frieden schaffen! Waffenstillstand und Gemeinsame Sicherheit jetzt!“

Die Initiative fordert die Fortsetzung der europäischen Entspannungspolitik, damit

es schnell zu einem Ende des Krieges und zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa kommt. Die Erstunterzeichner sind vor allem ehemalige Funktionsträger der SPD und des DGB.

Der Link zum Aufruf: <https://friedenschaefen.net/> ★

# Lauterbachs Etikettenschwindel

Die Vorschläge der Lauterbach-Kommission greifen die inzwischen nicht mehr zu überhörende Kritik an den Fallpauschalen (DRG) auf. Haben sie doch zu Bettenabbau, Klinikschließungen und einer radikalen Kostensenkung in den Krankenhäusern geführt. Der Zwang, Krankenhäuser wie Wirtschaftsunternehmen zu führen, hatte Schließungen „unrentabler“ Bereiche wie Kinderabteilungen zur Folge und die Ausweitung „rentabler“ aber nicht unbedingt notwendiger Operationen.

Nach den Reformvorschlägen sollen die Krankenhäuser etwas anders finanziert werden. Fallpauschalen soll es aber weiterhin geben. Und die Gesamtvergütung soll gleichbleiben. An der allgemeinen Unterfinanzierung soll sich also nichts ändern. Auch bleibt der Konkurrenz-

druck, der Anreiz zur Kosteneinsparung ausdrücklich erhalten. Das Gesundheitswesen soll eine Gewinnmaschine bleiben. Die Maßnahmen streben weniger, aber größere Gesundheitsfabriken an. Viele Krankenhäuser sind in ihrer Existenz gefährdet. Angestrebt wird mit den Reformvorschlägen die „Ambulanzierung“. Es werde einfach zu viel stationär behandelt. Doch gerade auf dem Lande wie bei uns im Kreis Minden-Lübbecke fehlen dafür schlicht alle Voraussetzungen.

Notwendig ist anderes: ein Gesundheitswesen in öffentlicher Hand, ausreichend nach Bedarf finanziert, mit gesetzlicher Personalbemessung und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Dann gäbe es auch keinen Mangel an Pflegekräften. ★

# Die Waffen nieder!

Hinter der Empörung über den Angriff Russlands auf die Ukraine drohen alle völkerrechtswidrigen Kriege des „Westens“ wie der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, wie die Kriege der USA in Afghanistan, gegen den Irak und Lybien vergessen gemacht zu werden. Diese Kriege mit ihren Toten und den hinterlassenen Verwüstungen alle aufzuzählen ist hier gar nicht der Platz.

Ohne die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges zu beachten lassen sich keine Lösungen denken:

- Der achtjährige Bürgerkrieg der Kiewer Regierung gegen die russischsprachigen Landesteile mit seinen laut UN etwa 14.000 Toten,
- das Vorrücken der NATO an die Grenzen Russlands,
- die Kündigung fast aller Rüstungskontrollverträge durch die USA;
- die Missachtung aller Vorschläge Moskaus für gegenseitige Sicherheit und aller Warnungen Moskaus, gewisse rote Linien nicht zu überschreiten.
- Das Abkommen Minsk II sah Regelungen für eine Beendigung des Bürgerkrieges vor. Doch der damalige ukrainische Präsident Poroschenko, der französische Präsident Hollande und Frau Merkel versicherten inzwischen, dass dieser Vertrag nur unterzeichnet wurde, um der Ukraine Zeit zum Aufrüsten zu geben. Ein klarer Bruch des Völkerrechts. Denn der Vertrag war in der UN verabschiedet worden.

In all den Jahren gab es immer wieder Warnungen vor möglichen Reaktionen Russlands, doch sie wurden überhört.

Löhne rauf –  
Preise runter!

Wirtschaftskrieg  
und Aufrüstung  
stoppen!

Raus aus  
der NATO

DKP

unsere-zeit.de